

Wahlprüfsteine für Bundestagswahl 2021 Stand 05. Juli 2021

Wahlprüfsteine kamen von:

Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Haushaltsführungskräfte, bkh, BPW, Condrops, DGB Frauen München, Deutscher Evangelischer Frauenbund, OV München, Deutscher Kinderschutzbund, EWMD Bayern, FAM, FidAR, Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R., KAB, KDFB, kfd, Verein Parite in den Parlamenten, siaf, TuSch, Verein für Fraueninteressen, WECF

Parite in den Parlamenten

Wir fordern

- Parite statt Regionalproporz! Dies betrifft Wahllisten, aber ebenso die Direktmandate.
- Einsatz für und Förderung der Parität im Parlament.
- Selbstverpflichtung der Partei für paritätisch besetzte Wahllisten und Direktmandate.
- Maßnahmen zur Umsetzung der Parität in der anstehenden Wahlrechtsreform mit dem Ziel eines verfassungskonformen Paritätsgesetzes.
- Gesetzliche Vorgaben und Steuerungsgrößen, incl. der Parteienfinanzierung, damit Frauen auch bei den Direktmandaten in den Wahlkreisen paritätisch berücksichtigt werden.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei? Bitte nehmen Sie Stellung, wie Sie sich persönlich für ein Paritätsgesetz einsetzen werden.

Beschäftigung und Bezahlung

- Ersatz des bisher weitgehend unwirksamen Entgelttransparenzgesetzes durch ein **wirkungsvolles Entgeltgleichheitsgesetz**, das den – auch im europäischen Vergleich – hohen Gender Pay Gap abbaut. Wie sind Ihre Pläne dazu?

Stadtbund
Münchner Frauenverbände
c/o Deutscher Evangelischer
Frauenbund, LV Bayern
Kufsteiner Platz 1
81679 München
Mobil: 0173 /179 33 77

buero@frauenverbaende.de
www.frauenverbaende.de

Postbank
IBAN DE54 7001 0080 0300
7708 06
BIC PBNKDEFF

15.11.2016

Vorsitzende
Renate Maltry, Rechtsanwältin
Renate.maltry@frauenverbaende.de

stellvertr. Vorsitzende
Arusu Formuli, Studentin
f-arusu@hotmail.com

stellvertr. Vorsitzende
Prof. Dr. Erika Regnet
Erika-regnet@t-online.de

Schriftführerin
Waltraud Waldherr, Künstlerin
info@edition-ww.com

Schatzmeisterin
Christa Weigl-Schneider
Rechtsanwältin

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** muss selbstverständlich sein. Was plant Ihre Partei, um den hohen **Gender Pay Gap** abzubauen?
- **Flächendeckende Frauenquote in Führungspositionen** bzw. in Aufsichtsratsgremien von mindestens 30 % - in Bundesunternehmen, in der Privatwirtschaft, in Kultur- und Medienbetrieben, in Wissenschaft, Bundesgerichten.
- **Wie stehen Sie zu FÜPoG1 und FÜPoG2 (Führungspositionengesetz) und für welche Verbesserungen wollen Sie sich konkret einsetzen?**
- Wie ist Ihre Position zu einem **Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft** und wie sollte dieses konkret ausgestaltet sein?
- **Konsequente Sanktionen**, wenn Unternehmen diese Frauenquoten nicht erreichen bzw. einen Gender Pay Gap aufweisen (z.B. Ausschluss bei öffentlichen Aufträgen).
- Inwiefern spielen die Belange von „Frauen in Führungspositionen“ in Ihrem Wahlkampf eine Rolle? Wo haben Sie sich in der Vergangenheit – mit Erfolg – für eine Steigerung von Frauen in Führungspositionen eingesetzt?
- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse im hauswirtschaftlichen Bereich zu schaffen und der Schwarzarbeit entgegenzuwirken?
- Empfehlung zum Einsatz der anonymisierten Bewerbung, um den sog. „Unconscious Gender Bias“ zu verhindern.
- Wissenschaftliche und unabhängige Studien, um zu prüfen und sicherzustellen, dass kein „Algorithmischer Bias“ beim Einsatz von automatisierten Tools und Künstlicher Intelligenz Frauen im Bewerbungs- und Recruitingprozess systematisch benachteiligt.

Beruf und Familie

- Verlängerung des Elterngeldbezuges auf 18 bzw. 24 Monate, wobei ein Elternteil max. 12 bzw. 16 Monate beanspruchen kann.
- Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, insbesondere für Alleinerziehende.
- Verbesserung der Betreuungssituation für Familien mit Kindern im Bereich Kita/Kindergarten (1 - 6 Jahre) und Grundschule, insbesondere qualifizierte Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder.
- Befürworten Sie den beitragsfreien Besuch von Kindertagesstätten? Falls ja: Wie soll das finanziert werden?

Care Berufe

- Welche Maßnahmen planen Sie zur **Reduzierung des Gender Care Gaps**?
- Bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung für alle Care Berufe.
- Was plant Ihre Partei zur **Absicherung der ehrenamtlich und hauptberuflich Pflegenden**?
- Familienpflegezeit mit Anspruch auf Lohnersatz bei einer Arbeitszeitreduzierung.
- Wertschätzung der häuslichen Pflegearbeit durch ein Pflegegeld und Entgeltpunkte in der Rentenversicherung.
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine „Bildungsoffensive Hauswirtschaft“ auf den Weg zu bringen und haushaltsnahe Dienstleistungen für SeniorInnen und junge Familien zu verwirklichen?

Kinder und Jugendliche

- Erhöhung des Kindergeldes, um Kinder, Familien und vor allem Alleinerziehende vor Armut zu schützen
- Ungeeignete Strukturen müssen so umgebaut werden, dass Chancengerechtigkeit und Inklusion in Einrichtungen der Erziehung und Bildung jederzeit gewährleistet sind.
- Tagesmutter/-vater muss bei entsprechendem Qualifikationsnachweis als Beruf anerkannt werden.
- Die Budgetierung für die medizinische Versorgung von Kindern muss aufgehoben werden.
- Die Anzahl bezahlter Arbeitstage bei Betreuung eines erkrankten Kindes muss erhöht werden.

Ausbildung und Berufseinstieg

- Das Recht jedes Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz muss garantiert werden.
- Konsequente Umsetzung des 3+2 Modells für Flüchtlinge in der Ausbildung. Schutz vor Abschiebung, wenn bereits ein Ausbildungsvertrag besteht. Sowohl die jungen Menschen als auch die Arbeitgeber benötigen eine klare Planungsperspektive.
- Die Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen aus anderen Staaten muss erleichtert und beschleunigt werden.

Förderung und Sicherung des jüdischen Lebens in Deutschland durch sinnvolle Einzelmaßnahmen, darunter beispielsweise:

- Beendigung der Altersarmut unter jüdischen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion durch Gleichstellung mit nichtjüdischen Spätaussiedlern bei der Rentenberechnung
- weiterhin entschlossenes und abgestimmtes Vorgehen gegen **jede** Form von Extremismus und Antisemitismus; darunter insbesondere (aber nicht nur) Juden Hass im Bereich Links- und Rechtsextremismus sowie Islamismus
- Unterstützung für verstärkte Bemühungen auf europäischer Ebene zur grenzübergreifenden Bündelung des Einsatzes gegen Antisemitismus

Energisches Vorgehen und Positionierung gegen Gewalt gegen Frauen

- Umsetzung der Istanbul-Konvention (Europaratskonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen): Was wollen Sie hier unternehmen? Wird Ihre Partei die fehlenden Familienplätze (es fehlen rund 15.000 Schutzplätze) ergänzen, um ein Schutzsystem für Gewaltopfer zu schaffen und Hilfe sofort und in ausreichendem Maße anbieten zu können?
- Aufnahme von digitaler Gewalt und deren Indikatoren in die Istanbul-Konvention.
- Die Bundesregierung hat die Anerkennung und Definition des Begriffs Femizid verweigert. Wird Ihre Partei sich für eine **Kategorie frauenfeindliche Gewalt und Frauenhass sowie Anerkennung des Straftatbestandes Femizid** und eine Strafverschärfung für die Täter einsetzen?
- Ausbau **ausreichender Therapiemöglichkeiten für Gewaltopfer.**
- Zugang zu Frauenhäusern auch bei Familiengewalt (nicht nur Partnergewalt).
- **Zugang zu Frauenhäusern für Asylbewerberinnen ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus und für Inter-, Trans- und Non-Binäre.**
- Frauen auf der Flucht müssen vor sexuellen Übergriffen sicher und menschenwürdig untergebracht werden. Gewährleistet sein sollten medizinische Behandlung incl. Traumabehandlung sowie Sprach- und Integrationskurse, unter besonderer Berücksichtigung des Bedarfs geflüchteter Frauen und Mädchen.
- **Stärkere Gewichtung frauenspezifischer Fluchtgründe** (z.B. erlittene oder drohende Genitalverstümmelung).
- Die Leistung der Ärzte, welche die anonyme Spurensicherung durchführen, muss als ärztliche Leistung abrechenbar sein (bisher können Ärzte diese Leistung nicht abrechnen und führen diese Untersuchungen sozusagen ehrenamtlich durch).

- Schulung von Richter*innen, Staatsanwaltschaft, Polizei, Ärzten und Notfallpersonal im Umgang mit Opfern von häuslicher Gewalt.
- Konsequente Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Frauenarmut

- Welche Maßnahmen planen Sie zur Bekämpfung von Frauenarmut?
- Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Bekämpfung von Armut von Frauen im Alter, denn Altersarmut ist weitgehend weiblich.
- **Armutsrisiko Alleinerziehende** – welche Maßnahmen wollen Sie hiergegen vorsehen?
- Die **Rückkehrmöglichkeit von Teilzeit in Vollzeit muss möglich sein**. Schaffung von vollzeitnahen Teilzeitstellen und Ausbau der Brückenteilzeit.
- **Abschaffung von Minijobs** – sie verhindern den Einstieg in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und führen zu Altersarmut speziell von Frauen. Sozialversicherungspflicht muss für alle Arbeitsverhältnisse gelten.
- **Erhöhung des Mindestlohns**.

Mietsituation

- **Schaffen von bezahlbarem Wohnraum** – speziell auch für Alleinerziehende und Rentnerinnen.
- Förderung des Baus von Mitarbeiterwohnungen auf dem Betriebsgelände von Handwerksbetrieben.
- Wie wollen Sie hier jeweils aktiv werden?

Gendergerechtigkeit

- Die Coronapandemie hat Frauen in besonderem Maße betroffen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die **bereitgestellten Mittel des Wiederaufbaufonds der EU und weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft geschlechtergerecht und gleichstellungswirksam** eingesetzt werden?
- **Bindung der Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel an Gendergerechtigkeit**, z.B:
- Mindestens 40 % Frauenanteil bei den Beschäftigten
- Mindestens 30 % Frauenanteil in Führungspositionen

- **Paritätische Besetzung von Aufsichts-, Beratungs- und Vergabegremien**
- **Starke Senkung der Selbstkostenanteile für Gesundheitskosten für untere Einkommenschichten** (z.B. Medikamente, Zahnersatz, Krankenhausaufenthalt)
- Welche Maßnahmen planen Sie für eine **sozial gerechte und geschlechtergerechte Energiewende?**
- Ausrichtung auf Geschlechtergerechtigkeit muss durchgängig gegeben sein – z.B. Gender Budgeting, damit Frauen und Mädchen gleichberechtigt an den finanziellen Ressourcen teilhaben.
- Abschaffung des Ehegattensplittings – stattdessen Nutzung der freigewordenen Milliarden für eine moderne Familienpolitik und den Ausbau der Kinderbetreuung
- Einrichtung einer Betriebshilfegesellschaft zur Unterstützung von selbstständigen und mitarbeitenden Frauen im Handwerk, denen in existenzbedrohenden Situationen (Unfall, Krankheit) sowohl finanzielle als auch Hilfe durch die Bereitstellung von ausgebildeten Arbeitskräften angeboten werden kann, damit der Betrieb nicht geschlossen werden muss. Vorbilder: a) Dorfhelferin oder Betriebshelferin in der Landwirtschaft und b) Betriebshilfe für die Wirtschaft in Österreich.